

Überregionaler Pressespiegel 08.02.2012

MDR aktuell | 08.02.2012

Staatsanwaltschaft will gegen Grünen-Politikerin ermitteln

Die Staatsanwaltschaft Dresden will die Immunität der Grünen-Landtagsabgeordneten Eva Jähnigen aufheben lassen. Jähnigen sagte am Dienstagabend dem MDR, ihr werde vorgeworfen, an der Blockade des Aufmarsches von Neonazis am 19. Februar 2011 teilgenommen und somit eine angemeldete Versammlung gestört zu haben.

Jähnigen selbst gibt sich allerdings gelassen. Dem MDR sagte sie, sie habe keineswegs an den Blockaden teilgenommen. Vielmehr sei sie als Mitglied der von Politikern und Juristen gegründeten Arbeitsgruppe "Polizeibeobachtung" an verschiedenen Orten in Dresden unterwegs gewesen. In diesem Zusammenhang habe sie die Polizeieinsätze beobachtet und einen Bericht abgeliefert. Dieser sei sehr kritisch ausgefallen.

Jähnigen wäre erste Grüne ohne Immunität

Jähnigen wäre die erste Abgeordnete der Grünen, der die Aufhebung der Immunität im Zuge der Ermittlungen gegen Blockierer droht. Bislang ermittelt die Staatsanwaltschaft Dresden ausschließlich gegen Politiker der Linken, die 2010 oder 2011 rechte Aufmärsche in Dresden blockiert hatten. So hatte der Hauptausschuss des Hessischen Landtages am 18. Januar entschieden, die Immunität der Linken-Fraktionschefs Willi van Oyen und Janine Wissler aufzuheben. Zur gleichen Zeit stellte die Staatsanwaltschaft einen Antrag bei Bundestagspräsident Norbert Lammert, gegen die Linke-Bundestagsabgeordnete Caren Lay aus Sachsen ermitteln zu dürfen. Bereits im Oktober 2011 verlor der Fraktionschef der sächsischen Linke, André Hahn, seine Immunität. Er erhielt inzwischen einen Strafbefehl über 3.000 Euro. Hahn legte Widerspruch ein und will es zum Prozess kommen lassen. Auch im Thüringer Landtag wurde im Oktober 2011 dem Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow die Immunität entzogen.

http://www.mdr.de/nachrichten/jaehnigen-immunitaet100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html

ähnliche Artikel:

Süddeutsche Zeitung

<http://www.sueddeutsche.de/Y5h38g/457129/Immunitaet-gefaehrdet.html>

Dresden setzt Signale gegen Rechtsextremismus – Menschenkette gegen Gewalt

Dresden. Im Gedenken an ihre Zerstörung im Februar 1945 will die Stadt Dresden am kommenden Montag und am 18. Februar erneut sichtbare Signale gegen Krieg, Rechtsextremismus und Gewalt setzen. Bei der geplanten Menschenkette um die Innenstadt am 13. Februar sollen Tausende für ein paar Minuten innehalten, sagte der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung und Sprecher der städtischen Arbeitsgruppe „13. Februar“, Frank Richter, am Mittwoch. „Wer sich anschickt, Anderen die Hand zu reichen, hört auf, die Faust zu ballen.“ Eine Botschaft aus der Elbestadt an diesem Tag heiÙe in Erinnerung an den Herbst 1989 „Keine Gewalt!“.

Sachsens Regierung rief zum mahnenden Gedenken und friedlichen Protest gegen den Missbrauch des 13. Februar durch Rechtsextremisten auf. Dresden und Sachsen seien kein Aufmarschplatz für Ideologen und rechtes Gedankengut, sagte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). „Am 13. Februar zeigen wir der Welt, wie friedliche Demonstranten diesem Spuk Einhalt gebieten.“ Dies sei unter dem Eindruck des braunen Terrors wichtiger denn je, betonte Innenminister Markus Ulbig (CDU). Die Mörder der Zwickauer Terrorzelle handelten im Namen der menschenverachtenden Ideologie, von der auch die Neonazi-Aufmärsche am Dresdner Gedenktag getragen würden. Daher sollten Demokraten Seite an Seite stehen. Mit einer Postkarten-Aktion will die evangelische Landeskirche daran erinnern, dass der Zweite Weltkrieg von Deutschland ausging. Die Karten mit Ansichten der von Deutschen 1939 und 1940 zerstörten Städte Warschau und Rotterdam sollen von Teilnehmern der Menschenkette unterzeichnet und später gesammelt an die beiden Städte geschickt werden. Sie enthalten die Verpflichtung, alles dafür zu tun, „dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgeht und die Schrecken des Nationalsozialismus sich nicht wiederholen“. Auf der Facebook-Seite der Landeshauptstadt können sich Nutzer schon in eine virtuelle Menschenkette einreihen.

Die Dresdner Polizei bereitet unterdessen einen Großeinsatz vor. Für den 67. Jahrestag der Zerstörung der Stadt sind ein Neonazi-Aufzug sowie mehrere Protestdemonstrationen angemeldet. Dazu werden nach derzeitigem Stand bis zu 2000 Rechtsextremisten und bis zu 3000 Teilnehmer an Gegenaktionen erwartet, sagte ein Polizeisprecher der Nachrichtenagentur dpa. Im Unterschied zu vergangenen Jahren werden die Lager nicht weiträumig durch die Elbe getrennt. „Das wird sich alles auf engerem Raum abspielen.“ Kernbereich ist die Wilsdruffer Vorstadt, wo es Absperrungen, Einschränkungen und Kontrollen geben wird.

Rund 4500 Beamte aus Sachsen und anderen Bundesländern sowie der Bundespolizei werden im Einsatz sein. „Auftrag bleibt, dass wir allen die Durchsetzung des Versammlungsrechts ermöglichen müssen“, erklärte der Polizeisprecher. Rechte Aufmärsche und Gegendemonstrationen überschatten seit Jahren den Gedenktag. Mit Blockaden verhinderten tausende Demonstranten 2010 und 2011 Neonazi-Aufmärsche. Vor einem Jahr waren bei gewalttätigen Ausschreitungen von Linken und Rechten mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Auch diesmal gibt es Blockadeaufrufe und daher die Furcht vor neuen Gewaltausbrüchen.

Ungeachtet der zurückgezogenen Anmeldung eines Neonazi-Aufmarschs für den 18. Februar will die AG an ihrer Veranstaltung „Mut, Respekt und Toleranz“ festhalten. „Die Situation kann sich noch ändern“, sagte Richter. Ein breites gesellschaftliches Bündnis solle Farbe bekennen, sagte der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP). Um die Vielfalt der Stadt sichtbar werden zu lassen, sollten Gartenzäune, Autoantennen oder

Fenster mit farbigen Tüchern und Bändern versehen werden, sagte Richter. „Wir wollen, dass auch die Menschen selbst mit Fantasie Farbe zeigen.“ dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/dresden-setzt-signale-gegen-rechtsextremismus-menschenkette-gegen-gewalt/r-mitteldeutschland-a-124550.html>

ähnliche Artikel:

Süddeutsche Zeitung

<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1272928>

Berliner Morgenpost

http://www.morgenpost.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/schlaglichter_nt/article1900423/Dresden-setzt-Signal-gegen-Rechtsextremismus-und-Gewalt.html

stern.de

<http://www.stern.de/panorama/dresden-setzt-signal-gegen-rechtsextremismus-und-gewalt-1783919.html>

Freie Presse | 08.02.2012

Prinzen-Sänger Krumbiegel ruft zum Protest gegen Neonazis auf

Krumbiegel: "Ich werde an beiden Tagen selbst in Dresden sein"

Leipzig (dapd-lsc). Der Sänger der Leipziger Popband Die Prinzen, Sebastian Krumbiegel, unterstützt die Proteste gegen Neonazis am 13. und 18. Februar in Dresden. "Ich werde an beiden Tagen selbst in Dresden sein und hoffe, dass möglichst viele Leute kommen", sagte Krumbiegel am Mittwoch in Leipzig. Er hoffe, dass die Proteste friedlich bleiben, was im vergangenen Jahr "leider nicht der Fall war".

Krumbiegel ergänzte, dass er Blockaden gegen Neonazis als legitimes Mittel ansehe und Teilnehmer daran ihr Recht auf zivilen Ungehorsam wahrnehmen würden. Der Sänger wandte sich gegen die "Kriminalisierung" von Blockierern. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Prinzen-Saenger-Krumbiegel-ruft-zum-Protest-gegen-Neonazis-auf-artikel7899480.php>

Jenas Jugendpfarrer König will erneut in Dresden demonstrieren

Auch in diesem Jahr will Jenas umstrittener Stadtjugendpfarrer Lothar König in Dresden wieder gegen den Aufmarsch von Neonazis anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt 1945 demonstrieren.

Jena. "Ich gehe wieder hin, wieder mit einem Lautsprecherwagen", sagte er am Mittwoch. Diesmal jedoch sei der Protest gegen die rechtsextreme Veranstaltung für ihn zweitrangig. Stattdessen wolle er vor allem der sächsischen Justiz zeigen, dass er sich nicht einschüchtern lasse.

"Sie können uns vielleicht unsere Autos wegnehmen. Aber sie können uns nicht stoppen", sagte er. König hatte auch 2011 an den Demonstrationen gegen den Neonazi-Aufmarsch teilgenommen. In diesem Zusammenhang hat die Staatsanwaltschaft Dresden vor einigen Monaten Anklage gegen ihn erhoben. Er soll damals zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben. Im Zuge des Ermittlungsverfahrens war der Lautsprecherwagen beschlagnahmt worden, den König im Vorjahr benutzt hatte. König bestreitet die Vorwürfe.

König erneuert Kritik an Behörden

Zugleich kritisierte der Stadtpfarrer die Ermittler erneut scharf. Die Aktionen der sächsischen Justiz und Polizei während und nach dem Neonazi-Aufmarsch vom Februar 2011 gegen ihn seien ein tiefgehender Eingriff in das im Grundgesetz verankerte Demonstrationsrecht. "Was dort abgelaufen ist und noch immer abläuft, ist für die Demokratie eine noch größere Gefahr als die NPD." Sein Demonstrationsrecht wolle er notfalls auch vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen. "Wenn die Nazis in Dresden marschieren, dann will auch ich dort demonstrieren dürfen."

Mit Blick auf den Ablauf der Gegendemonstrationen in diesem Jahr zeigte sich König optimistisch. Er glaube, dass diese zivilisierter ablaufen werden als 2011 - falls die Polizei ihre Einsatzstrategie überdacht habe. Deren Verhalten habe im Vorjahr maßgeblich zur Eskalation der Situation beigetragen. Er selbst werde "der Polizei keinen Vorwand liefern, mich festzunehmen". Gelingen es in diesem Jahr, 5.000 Gegendemonstranten in Dresden zu versammeln, sei dies ein Erfolg: "Das wäre nicht nur ein Zeichen gegen den rechten Geist, sondern auch gegen die Dresdner Polizei und Justiz."

Neuer Lautsprecherwagen aus Spenden finanziert

Bei dem Lautsprecherwagen, den König in diesem Jahr fahren will, handelt es sich nach seinen Angaben um ein Modell, das baugleich mit jenem ist, das er bereits vor einem Jahr steuerte. Die Anschaffung des neuen Wagens sei aus Spendengeldern finanziert worden. "Aber wir wollen das andere Auto immer noch zurück. Hoffentlich geht man gerade bei diesem Frost gut mit ihm um. Nicht, dass man ihn mir noch bezahlen muss."

Ob es im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen den rechtsextremen Aufmarsch in Dresden im Februar 2011 zu einem Gerichtsverfahren gegen König kommen wird, ist derzeit noch offen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm schweren Landfriedensbruch vor. Königs Anwalt dagegen hat beim zuständigen Dresdner Amtsgericht beantragt, die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen seinen Mandanten abzulehnen und dies unter anderem mit Mängeln in der Anklageschrift begründet. Das Verfahren hatte zuletzt immer wieder hohe Wellen geschlagen. So warfen beispielsweise im Dezember mehrere

Thüringer Landtagsabgeordnete der Staatsanwaltschaft in einem offenen Brief vor, gegen König einen "politischen Prozess" zu führen. Dapd

<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Jenas-Jugendpfarrer-Koenig-will-erneut-in-Dresden-demonstrieren-768215470>

MDR Sachsen | 08.02.2012

Dresdner Polizei informiert nur schleppend über Erfassung von Handydaten

Auch ein Jahr nach den massenhaften Erhebungen von Mobilfunkdaten durch die sächsische Polizei in Dresden sind nach MDR-Recherchen die meisten Betroffenen noch nicht darüber informiert worden, warum und in welchem Umfang Ihre Daten gesammelt und ausgewertet wurden.

Datenschützer sieht Behörden in der Pflicht

So moniert der rechtspolitische Sprecher der Linken im sächsischen Landtag, Klaus Bartl, dass er sich am 13. Februar 2011 im Demonstrationzug befunden habe. Jedoch habe er bis heute keinen Bescheid über die Erfassung und Verwendung seiner Handy-Daten erhalten. Bartl warf der sächsischen Justiz und der Staatsregierung vor, sie bauten alle möglichen Hürden auf, um die gesetzlichen Informationspflichten gegenüber den Betroffenen zu umgehen oder zu verzögern.

Auch Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig bestätigt die schleppende Aufklärung durch die Staatsanwaltschaft und nimmt die Behörden in die Pflicht. Er erwarte von der Staatsanwaltschaft, dass sie Vorbereitungen trifft, um die Benachrichtigungen durchzuführen. Es sei bald ein Jahr seit den Funkzellenabfragen vergangen und es werde jetzt Zeit, dass bei den Benachrichtigungen etwas durch die pflichtigen Behörden passiere. Nach Ansicht Schurigs besteht eine Benachrichtigungspflicht der Behörden. Diese unterscheide sich von der Auskunft nach einem Antrag des Betroffenen.

Betroffene werden nur auf Anfrage informiert

Während der Demonstrationen am 13. und 18./19. Februar 2011 in Dresden hatte das sächsische Landeskriminalamt die Mobilfunkdaten Tausender Demonstranten und Dresdner erfasst und ausgewertet. Unter den Betroffenen waren auch Politiker, Kirchenvertreter und Journalisten.

Die Staatsanwaltschaft Dresden informiert die Betroffenen bisher nur dann, wenn sich diese an die Behörde wenden. Sie benachrichtigt nach eigenen Angaben nur die Personen, die ein berechtigtes Interesse bekundet hätten. Die Beantwortung der Anfragen sei auf ein Jahr verlängert worden. Stichtag sei der 23. Februar 2012.

Pro und Contra bei Anhörung im Bundestag

Mit der Massenabfrage von Handydaten beschäftigte sich am Mittwoch auch der Rechtsausschuss des Bundestags. In der öffentlichen Anhörung wurden Gesetzentwürfe der Linken und Grünen diskutiert. Die Linke will die sogenannte Funkzellenabfrage abschaffen. Die Abfrage greift ihrer Ansicht nach massiv in die Grundrechte ein,

insbesondere in das Fernmeldegeheimnis. Die Grünen wollen die Datensammlung einschränken. Sie monieren, dass derzeit erhebliche Grundrechtseingriffe nur unzureichend begrenzt werden könnten. Nach dem Willen der Grünen soll ein Richter künftig seine Erlaubnis für eine Funkzellenabfrage detailliert begründen. Auch soll die Datenabfrage erst beim Verdacht auf schwerere Straftaten möglich sein.

Bei der Anhörung wiesen Staatsanwälte die Vorschläge zurück. Datenschützer und Anwälte dagegen plädierten für eine Änderung oder eine Abschaffung der Funkzellenabfrage.

Nächste Massenabfrage droht

In wenigen Tagen stehen in Dresden erneut Demonstrationen aus Anlass der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg an. Neonazis haben für den 13. Februar einen Aufmarsch angemeldet. Mehrere Gegendemonstrationen sind angekündigt. Auch für den 18. Februar sind Aktionen geplant. Das sächsische Justizministerium und die Staatsanwaltschaft schließen nicht aus, dass es in diesem Zeitraum wieder eine Funkzellenabfrage geben wird.

http://www.mdr.de/sachsen/funkzellenabfrage102_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Leipziger Volkszeitung | 08.02.2012

Bundestags-Vizepräsidentin Pau darf in Dresden nicht in den Landtag

Dresden. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) darf am 13. Februar nicht den sächsischen Landtag betreten. „Es ist wohl ein einmaliger Vorgang in der deutschen Parlamentsgeschichte, dass ein Landtagspräsident einer Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages de facto Hausverbot erteilt“, sagte Linken-Fraktionschef André Hahn am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa. Hintergrund ist eine Regelung, wonach der Landtag zum Tag des Gedenkens an die Zerstörung Dresdens 1945 nicht für politische Manifestationen dienen soll. Allerdings hatten die Linken Pau nur zu einer Arbeitsberatung eingeladen.

Landtagspräsident Matthias Rößler verwies auf eine bereits seit Jahren ohne Widerspruch der Fraktionen praktizierte Regelung, wonach externe Besucher an einem 13. Februar keinen Zutritt zum Parlamentsgebäude erhalten. Hintergrund seien Versuche der rechtsextremen NPD-Fraktion gewesen, den Landtag zu nutzen, um europaweit rechtsextreme Gruppierungen zu Demonstrationen nach Dresden zu ziehen. „Auch dieses Jahr habe ich das Präsidium am 18. Januar 2012 über die Sperrung des Landtags für externe Besucher und die Öffentlichkeit unterrichtet“, erklärte Rößler.

„Für mich ist das Amtsmissbrauch für politische Zwecke“, erklärte Hahn. Man habe mit Pau über den geplanten Untersuchungsausschuss des Landtages zur Zwickauer Neonazi-Terrorzelle sprechen wollen. Die Bundestagsvizepräsidentin sitzt für die Linke im entsprechenden U-Ausschuss des Bundestages. Hahn sprach von einer „simplen Arbeitsberatung“ und einem völlig normalen Prozedere. Nun will er Rößler in dieser Angelegenheit noch einmal einen Brief schreiben.

Hahn kritisierte auch die Begründung für die Ablehnung der Bitte, Pau in den Landtag einzulassen. Landtagsdirektor Christopher Metz hatte in seinem Schreiben vom Mittwoch darauf verwiesen, dass auch ein Antrag eines französischen Senders abgelehnt worden sei, der den Fraktionschef der rechtsextremen NPD im Landtag, Holger Apfel, im Parlamentsgebäude interviewen wollte. Hahn nannte die Begründung „eine Zumutung gegenüber Petra Pau“. dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/bundestags-vizepraesidentin-pau-darf-in-dresden-nicht-in-den-landtag/r-mitteldeutschland-a-124608.html>

DEUTSCHLAND today | 08.02.2012

„Dresden Nazifrei“ - Aufruf der Bündnisse

Bad Salzungen (ga) - Die Bündnisse „Dresden Nazifrei“ und „Mehr Demokratie im Wartburgkreis“ rufen alle Interessierten auf, am 18. Februar mit nach Dresden zu fahren..

Abfahrt am 18. Februar ist in Bad Salzungen um 5 Uhr am Busbahnhof und in Eisenach ab 5 Uhr 30 am Busbahnhof in Eisenach. „Ziel ist, den Naziaufmarsch in Dresden durch Massenblockaden zu verhindern“, sagt Karin May, die bereits zweimal an der Blockade teilnahm. „Wir dulden es nicht, dass die Nazi-Verbrechen des 2. Weltkriegs mit so einem Aufmarsch verfälscht werden“, so Anja Müller, Sprecherin des Bündnisses für mehr Demokratie im Wartburgkreis. Wer aus Bad Salzungen sowie Umfeld mitfahren will, melde sich bitte unter 03695-804724 und in Eisenach sowie Umfeld unter 03691-735218.

http://www.dtoday.de/regionen/lokal-politik_artikel,-%E2%80%9EDresden-Nazifrei-%E2%80%9C-Aufruf-der-Buendnisse-_arid,131498.html
